



Newsletter von Prof. Dr. Claudia Dalbert MdL | www.claudia-dalbert.de | Ausgabe 7 | Oktober 2012



Die Suchen nach dem Besonderen: Vorschläge der Regierung zur Gemeinschaftsschule haben keine Substanz

Landtag und Fraktion | 11.10.2012: Die Regierungskoalition hat am 10. Oktober im Ausschuss für Bildung und Kultur ihre Änderungsanträge zu ihrem Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes (Drs. 6/1165) eingebracht. Die Beratung im Ausschuss musste immer wieder unterbrochen werden, damit sich die VertreterInnen der Regierung für eine gemeinsame Position abstimmen konnten. Im Änderungsantrag wird das Konzept neuerdings als „Gemeinschaftsschule Sachsen-

Anhalt“ bezeichnet, aber weder im Entwurf noch in der Vorstellung im Ausschuss für Bildung und Kultur findet sich das von der CDU formulierte „Besondere“ wieder. Die Vorschläge der Regierungskoalition zur Einführung der Gemeinschaftsschule enthalten keine Substanz. Nach wie vor ist das Profil dieser Schulform absolut nebulös. CDU und SPD gehen mit ihren Änderungen des Schulgesetzes nicht auf die Kritik aus der Anhörung ein, und die Gemeinschaftsschule bekommt durch die Änderungsanträge noch immer kein eigenes Profil. Wir haben Vorschläge unterbreitet, die auf ein stärkeres technisches oder wirtschaftliches, aber in jedem Fall berufsorientiertes Profil der Schulen zielten. Nach unseren Vorstellungen braucht die Gemeinschaftsschule einen besonderen Charakter, um sich klar von den anderen Schulformen, gerade auch vom Gymnasium, abzugrenzen. Auch der Inklusion erteilt die Koalition durch ihre Änderungsanträge eine deutliche Absage. Es werden zahlreiche Einschränkungen für die Umsetzung von Inklusion gemacht. Sie soll nur erfolgen, wenn Eltern dies wünschen und die materiellen, personellen und finanziellen Voraussetzungen an den Schulen vorhanden sind. Zudem wird die Weiterführung von Förderschulen explizit ins Gesetz geschrieben. Damit wird in Sachsen-Anhalt der Umbau unserer Schulen zu „inkluisiven Schulen“ verhindert. Weiter spannend bleibt auch die Beratung für die Einführung einer Schüleridentifikationsnummer. Dieser Vorschlag wurde in den vergangenen Monaten von vielen Initiativen scharf kritisiert, und wir haben dazu einen Änderungsantrag eingereicht. Die Landesregierung hat zwar nachgebessert, aber wir halten diese noch nicht für ausreichend. Daher erhalten wir unseren Änderungsantrag aufrecht und sind gespannt, wie die Regierungskoalition mit den datenschutzrechtlichen Bedenken auch des Datenschutzbeauftragten weiter umgehen wird.

Den vorgelegten Vorschlägen der Regierung konnten wir nicht zustimmen und haben zusammen mit der Fraktion DIE LINKE gegen die vorläufige Beschlussempfehlung gestimmt. Nach der Beratung in weiteren Ausschüssen wird der Gesetzentwurf am 7. November wieder im Ausschuss für Bildung und Kultur diskutiert und anschließend eine endgültige Beschlussempfehlung für den Landtag erarbeitet.

Fraktionssommertour zu Besuch im Naturkundlichen Museum in Halle



Wahlkreis & Regionales Halle | 03. – 06.09.2012: | Der Tag 3 der Sommertour begann in Halle mit einer Führung "Überleben unter Klimastress" im Naturkundlichen Museum und der Sonderausstellung www.cicadas.de (siehe Foto, noch bis 30. Oktober). Weitere Stationen waren unter anderem: Fachgespräch über Perspektiven der Touristischen Nutzung des Concordia Sees in Nachterstedt, Besuch der Hochschule Merseburg und Austausch mit dem Rektor Prof. Dr. Kirbs über die Ingenieurausbildung sowie Teilnahme am Gründungsfestakt der Freien Gesamtschule in Lützen im Burgenlandkreis. Die Tour wurde mit einer öffentlichen Fraktionssitzung im Peißnitzhaus beendet.

Kinderrechte obligatorisch in den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien bekannt machen

Landtag und Fraktion | 04.07.2012 | Claudia Dalbert will mit einem Antrag zum Thema "Kinderrechte" (Drs. 6/1484 vom 04. Oktober 2012) die Landesregierung auffordern, eine verbindliche Verankerung von Kinderrechten in den Lehrplänen von Schulen und den Bildungsplänen für Kindertagesstätten zu beschließen. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass Kinderrechte obligatorisch in den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien bekannt gemacht werden. Allerdings darf das Thema Kinderrechte nicht mit der reinen Wissensvermittlung erledigt sein. Kinderrechte, insbesondere das Recht auf Beteiligung, müssen in Kindertagesstätten und in Schulen für Kinder praktisch erlebbar sein. Lesen Sie den Wortlaut des Antrages auf unserer Homepage und schauen Sie am 18. + 19. Oktober live unter www.landtag.sachsen-anhalt.de die Landtagssitzung an.

Zukunft der Schulsozialarbeit – notwendige Nachfragen an die Landesregierung

Landtag und Fraktion | 11.10.2012 | Ende August trafen sich Stefan Persich, Leiter der Netzwerkstelle „Schulerfolg sichern!“ Burgenlandkreis, sowie drei Kolleginnen mit Claudia Dalbert im Regionalbüro in Halle. Sie berichteten, mit welchen Problemen die Träger der Netzwerkstellen wenige Tage vor Schulbeginn wegen ausstehender endgültiger Zuwendungsbescheide der Landesregierung zu kämpfen haben. In der Folge sind viele Arbeitsplätze der SchulsozialarbeiterInnen noch nicht gesichert. Claudia Dalbert nahm die Probleme zum Anlass, einen Antrag auf Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses für Bildung und Kultur einzureichen. In der am 21.09. stattgefundenen Debatte im Landtag und der Ausschusssitzung am 10. Oktober musste Herr Dorgerloh, Kultusminister, dann Stellung nehmen. Er berichtete, dass bisher 177 Zuwendungsbescheide versendet worden sind und die restlichen Bescheide bis zum 31.10. erteilt werden sollen. Zudem betonte der Minister, dass es erklärtes Ziel der Landesregierung sei, die Zukunft der Schulsozialarbeit nach Auslaufen der EU-Förderperiode bis 2020 fortzusetzen und auszubauen. Hinsichtlich der Finanzierungslücke für die Netzwerkstellen wurde betont, dass darüber nachgedacht wird, diese in den Haushalt aufzunehmen. Claudia Dalbert freut sich, dass offenbar auch durch ihre Nachfragen die Antragsbearbeitung beschleunigt werden konnten. Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der SchulsozialarbeiterInnen wie von der Regierung angekündigt, in der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds ab 2014 langfristig gesichert werden kann.

Kontaktinfos:

So erreichen Sie Claudia Dalbert (V.i.S.d.P) und ihre Mitarbeiterinnen:

Regionalbüro Prof. Dr. Claudia Dalbert MdL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kleiner Berlin 2, 06108 Halle (Saale)

Telefon: 0345/9772-0665

E-Mail: regionalbuero@claudia-dalbert.de

Mitarbeiterin: Julia Burghardt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg

Tel.: 0391/560-4004, Fax.: 0391/560-4006

E-Mail: kathrin.kortmann@gruene.lt.sachsen-anhalt.de

Mitarbeiterin: Kathrin Kortmann

Fotos: 1. Seite: Flügelwesen / photocase.com

Diesen Newsletter können Sie über unsere Homepage www.claudia-dalbert.de und im Regionalbüro in Halle bestellen und erhalten ihn zukünftig per Mail oder Post.

Meine Termine: 18. + 19.10. Landtagssitzung | 19.10., 19 Uhr, Magdeburg, Teilnahme und Preisübergabe: „Kaktus – Preis zur Stärkung und Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung“ der GRÜNEN JUGEND Sachsen-Anhalt | 22. – 23.10. Delegationsreise des Ausschusses für Wissenschaft und Wirtschaft (WIR) zur Eröffnung der deutsch-jordanischen Universität nach Amman | 26.10. in Köthen, Regionalkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt zur Parlamentsreform des Landtages | 02.11. Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Hannover | 06.11. Podiumsdiskussion: "Ingenieurleistungen aus Sachsen-Anhalt" | 07.11., 19 Uhr, Familienbildungsstätte Naumburg „Kultur auf dem flachen Land e.V. oder Provinz(ielle) Kultur? Wie geht das denn? | 16. – 18. 11. Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 22.11. Kulturkonvent | 24.11. GEW in Magdeburg: Hearing "Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen Sachsen-Anhalts - Probleme und Perspektiven"

BürgerInnen-Sprechstunde

Die Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Claudia Dalbert lädt zur BürgerInnen-Sprechstunde ein:

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 17.00 – 18.30 Uhr

GRÜNE Etage, Kleiner Berlin 2, 06108 Halle (Saale)

